



Demokratie lebt vom Wechsel

Frank Schäffler: Amtszeit von Bundeskanzlern auf maximal 10 Jahre beschränken

Zur Person

Frank Schäffler MdB (FDP)

Frank Schäffler, geboren 1968, ist Mitgründer und Geschäftsführer von Prometheus – Das Freiheitsinstitut. Von 2005 bis 2013 war der FDP-Politiker Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Zeit stemmte er sich vehement gegen die sogenannte Eurorettung und stimmte gegen sämtliche Maßnahmen der Schuldenvergemeinschaftung im Euroklub. Am 24.9.2017 wurde Frank Schäffler erneut in den Deutschen Bundestag gewählt. Er ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Im FinanzBuch Verlag erschien zuletzt sein Buch „Nicht mit unserem Geld – Die Krise unseres Geldsystems und die Folgen für uns alle“. Häufig ist Frank Schäffler zu Gast in Diskussionsrunden in Fernsehen und Radio. Außerdem erscheinen von ihm regelmäßig Gastbeiträge in verschiedenen deutschen Tageszeitungen.



? Ginge es nach der FDP, stünde Bundeskanzlerin Merkel nicht mehr an der Regierungsspitze. Sie fordern, die Amtszeit von Bundeskanzlern auf maximal zwei Wahlperioden bzw. auf maximal 10 Jahre zu beschränken. Wie begründen Sie Ihren Vorstoß und glauben Sie, dass Sie hierzu im Bundestag eine Mehrheit für die notwendige Grundgesetzänderung finden werden?

Frank Schäffler: Als Freie Demokraten sind wir überzeugt davon, dass Demokratie vom Wechsel lebt. Dafür benötigt es neue, frische Ideen statt einem veraltenden „Weiter-so“. Um hierfür Sorge zu tragen, benötigt es neue Köpfe, die mit neuem Mut und Tatendrang das Land gestalten möchten, anstatt mit einem wenig innovativen Politikstil das Land zu lähmen. Außerdem würde so ein neuer Wettbewerb der Ideen entstehen, wodurch populistische, destruktive „Anti-Es-

„Beim liberalen Bürgergeld, ich würde eher von Chancengeld reden, werden die aktuell existierenden, unübersichtlichen steuerfinanzierten Sozialleistungen in eine transparente Leistung zusammengefasst.“

tablishment“-Parteien es schwerer hätten, gegen einen festgefahrenen Politikstil zu demonstrieren.

? Die Kanzlerschaft mit Verfallsdatum ist Teil der sogenannten „Demokratie-Offensive 2020“ Ihrer Partei. Unter anderem sprechen Sie von einer Digitalisierung der Parlamentsarbeit, mit der Sie das Tagesgeschäft der Abgeordneten radikal reformieren wollen. Was verbirgt sich hinter diesem Plan?

Frank Schäffler: Die Digitalisierung bietet für uns enorme Chancen. Wir möchten, dass die Bürgerinnen und Bürger konstruktiv am Gesetzgebungsprozess partizipieren können. Dafür möchten wir, dass nach der Registrierung in einem bestimmten Tool die Bürger Anmerkungen und Änderungsvorschläge für Gesetzesentwürfe machen können, damit wir, als Abgeordnete, noch mehr reichhaltigen Input für unsere Arbeit gewinnen.

? Weiter fordern Sie Bürgerräte und Hausparlamente, damit sich Bürger nicht mehr nur in Parteien engagieren müssen. Was beabsichtigen Sie genau?

Frank Schäffler: Das ist mir nicht bekannt. Von einem Einstieg in die Räterepublik würde ich, schon aus historischen Gründen, meiner Partei abraten. Wir sollten stattdessen der direkten Demokratie stärkeren Raum auch auf Bundesebene geben. Die Schweiz sollte dabei als Vorbild dienen.

? Wären stattdessen nicht Volksentscheide nach Schweizer Vorbild die bessere Lösung?

Frank Schäffler: Genau, daran denke ich. Es gibt sehr viele, positive Beispiele auf kommunaler Ebene und auf der Ebene der Bundesländer. Wir sollten jetzt auch den Schritt auf Bundesebene gehen. Die Zeit ist reif dafür.

? Ihre Partei wirft der Bundesregierung vor, nicht angemessen auf epochale Veränderungen zu reagieren. Sie pochen auf mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und im Sozialsystem. So wollen Sie Hartz IV durch ein „liberales Bürgergeld“ ersetzen. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Frank Schäffler: Beim liberalen Bürgergeld, ich würde eher von Chancengeld reden, werden die aktuell existierenden, unübersichtlichen steuerfinanzierten Sozialleistungen in eine transparente Leistung zusammengefasst. Dadurch schaffen wir mehr Handlungsfreiheit für den Einzelnen und schaffen durch Anreize beim Hinzuverdienst die Brücke in ein eigenverantwortliches Leben. Gleichzeitig haben wir die Hoffnung, dass durch die Bündelung der Leistungen, eine Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen und der Behördenzuständigkeiten ein enormer Bürokratieabbau einhergehen kann.

? Auch das Arbeitszeitgesetz halten Sie für unflexibel. Was wollen Sie geändert wissen?

Frank Schäffler: Wir möchten die Chancen der digitalen Arbeitswelt nutzen. Diese ermöglicht größere und flexiblere Spielräume in puncto Arbeitsplatz und Arbeitszeit. Flexible Arbeitszeiten ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bedeuten insgesamt mehr Freiheit für den Arbeitnehmer. Konkret fordern wir, das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren, indem die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht beziehungsweise zehn Stunden sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige Ruhezeit aufgehoben werden. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Aber auch den Arbeitsschutz für Home-Office-Arbeitsplätze möchten wir entbürokratisieren. Für eine zukunftssichere Arbeitswelt

„Wir haben die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition im letzten Jahr platzen lassen, weil die CDU den Soli nicht gänzlich abschaffen wollte. Jetzt kommen die gleichen Personen von damals und sagen, jetzt plötzlich gäbe es den Spielraum. Verlogener kann Politik nicht sein.“



müssen alte Verordnungen im Gestern verbleiben.

? Der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten für alleinstehende Durchschnittsverdiener lag 2017 im OECD-Schnitt bei 35,9 %, in Deutschland aber bei 49,7 %. In diesem Ranking liegt Deutschland neben Belgien am Ende der Skala. Warum wird „Deutschland als Hochsteuerland“ nicht stärker durch Ihre Partei thematisiert?

Frank Schäffler: Das machen wir doch! Wir waren und sind für die Abschaffung des Soli nach Auslaufen des Solidarpakts. So klar hat das sonst niemand formuliert. Wir haben die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition im letzten Jahr platzen lassen, weil die CDU den

Soli nicht gänzlich abschaffen wollte. Jetzt kommen die gleichen Personen von damals und sagen, jetzt plötzlich gäbe es den Spielraum. Verlogener kann Politik nicht sein. Auch bei den Sozialabgaben kann man Gleiches beobachten. Wir haben schon im letzten Jahr gesagt, dass der Arbeitslosenversicherungsbeitrag um mindestens 0,5 Prozent gesenkt werden könnte. Erst jetzt hat sich die Groko vorsichtig dieser Position angenähert.

? Bei der DSGVO wurden auf nationaler Ebene zusätzlich hohe bürokratische Anforderungen geschaffen. So müssen Unternehmen zum Beispiel schon ab zehn Mitarbeitern einen Datenschutzbeauftragten benennen. Teilen Sie die Auffassung, dass das Gesetz eine Gefahr für die heimische Wirtschaft bedeutet?

Frank Schäffler: Ja, die DSGVO ist ein Beispiel dafür, wie Politik leider oft funktioniert. Eigentlich wollten Brüssel und Berlin die großen Datenkraken wie Facebook und Amazon treffen, aber am Ende trifft es im Wesentlichen den Mittelstand. Man hat fast den Eindruck, dass es vor der DSGVO einen Wildwest-Zustand in diesem Land gab. Doch eigentlich hat fast niemand nach der DSGVO gerufen. Jetzt muss der nationale Gesetzgeber möglichst schnell mögliche Spielräume für den Mittelstand und für Vereine nutzen. So kann es nicht bleiben.



Mit Frank Schäffler sprach Joachim Schäfer